



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 24821 - 22

Fernschreiber 0686890

P/XII/261 - 14. November 1957

Hinweise  
auf den Inhalt:

Zum Prozess gegen Adenauers Nachrichtenlieferanten Stephan	S. 1
Belgrad und Bonn	S. 3
Kranke Keinkehrer	S. 5
MdB. Richard Reitzner: Fürsorge und gesamtdeutsche Solidarität	S. 7

---

## Ein Krankheitsherd, der beseitigt werden muss

sp - Adenauers Nachrichtenlieferant, Heinz Stephan, ist von der Grossen Strafkammer in Berlin-Moabit zu vier Jahren Zuchthaus und fünf Jahren Ehrverlust wegen fortgesetzten Betrug, fortgesetzter Urkundenfälschung und Verleumdung verurteilt worden. Bundeskanzler Dr. Adenauer hatte seinen Wahlkampf 1953 gegen die SPD u.a. mit einer ihm von Stephan gelieferten falschen Information über die Sozialdemokraten Schroth und Scharloy geführt, wonach diese beiden ehrenwerten Männer Geld aus der Ostzone erhalten haben sollten. Adenauer musste später - lange nach der Wahl! - seine vor mehreren Tausend Zuhörern in der Frankfurter Messhalle auf Grund des Nachrichtermaterials Stephans erhobenen Anschuldigungen vor Gericht zurücknehmen. Schroth ist inzwischen gestorben.

Mit der Verurteilung Stephans wäre an sich ein Teil dieses trüben Kapitels abgeschlossen. Im Verlaufe des vier Wochen dauernden Prozesses gegen Stephan hat sich aber gezeigt, dass hier in Westberlin ein Krankheitsherd an der Front des politischen Widerstandes gegen das SED-Regime aufgedeckt wurde, von dem viele Eingeweihte seit langem wussten, dass er existierte, ohne ihn jedoch zu beseitigen. Zu den Abnehmern der falschen Informationen

14. November 1957

Stephans gehörten der früheren FDP-Innensenator Berlins, Fischer, und die sogenannte "Kampfgruppe gegen die Unmenschlichkeit". Während des Prozesses stellte sich heraus, dass Stephan sowohl von Fischer als auch von der "Kampfgruppe" beträchtliche Summen für "Geheimnachrichten" erhalten hatte, die zu einem Teil "belastendes Material" gegen Sozialdemokraten enthielten.

Die "Kampfgruppe gegen die Unmenschlichkeit" wurde nach der Berliner Blockade als Hilfsorganisation gegründet, nahm aber später Verbindungen zu den westlichen Nachrichtendiensten auf. Wie es heißt, wurde die "Kampfgruppe" auch von den Nachrichten- und Geheimdiensten der westlichen Alliierten finanziert und beschaffte dafür "belastendes Material" gegen "Feinde der Demokratie". Der verurteilte Nachrichtenhändler Stephan, ehemaliger Gestapo-Spitzel, gehörte zu den Materiallieferanten der "Kampfgruppe". Dass seine Tätigkeit auch in die Domäne der Spionage einmündete, gilt heute als Selbstverständlichkeit.

Bis vor kurzen wurde die "Kampfgruppe" auch aus deutschen Quellen finanziert. Sie war sogar in das Hotaufnahmeverfahren für Sowjetzonenflüchtlinge eingeschaltet!

Bis jetzt hat man noch nichts darüber gehört, wie sich die deutschen Behörden die endgültige Ausschaltung dieser sogenannten "Kampfgruppe" vorstellen. Ob die ausländischen Geheimdienste, die sich der Vermittlertätigkeit der "Kampfgruppe" bedienten und wahrscheinlich noch bedienen, aus den während des Prozesses gegen Stephan aufgedeckten Einzelheiten die Konsequenzen ziehen werden, ist ebenfalls noch ungewiss.

Im Interesse des notwendigen politischen Widerstandes gegen das Regime von Pankow wäre es wünschenswert, wenn die Verantwortlichen diesen Krankheitsherd endgültig beseitigen würden.

## Unerwartete Hintergründe bei der Anerkennung der DDR

(Von unserem Balkankorrespondenten)

Überraschend und höchst interessant ist die Meinung, die sich anlässlich des offiziellen Besuchs des stellvertretenden jugoslawischen Ministerpräsidenten Kardelj in Griechenland betreffs der Anerkennung der DDR in Athen allgemein verbreitete. Demnach wäre die Anerkennung der DDR, die wohl als eine ganz persönliche Entscheidung Marschall Titos anzusehen ist, nur der erste Akkord in der geplanten Symphonie jugoslawischer Politiker, die nichts weniger als die wirtschaftliche Emanzipation Chinas von Sowjet-Russland anstreben.

Bekanntlich hat die griechische Regierung nach der Bekanntgabe der Anerkennung der DDR durch Jugoslawien ihre Bedenken zu diesem Schritt geäußert. Dazu erklärten nun Kardelj und seine Begleiter in Athen, diese Anerkennung sei nur das folgerichtige Ergebnis einer konsequenter jugoslawischen Politik in der Frage der deutschen Wiedervereinigung. Die Anerkennung Pankows sei keine Konzession an Moskau und sei ebenfalls nicht als ein Verlassen der Politik der neutralen Unabhängigkeit zu betrachten. Diese Interpretation der letzten Ereignisse auf diplomatischer Bühne wurde von griechischer Seite zwar nicht direkt angezweifelt, es wurde aber in aller Klarheit nochmals die Reaktion des Westens herausgestellt und begründet. Jedoch erklärte sich Athen, das in einem ausgezeichneten Verhältnis zur Bundesrepublik steht, bereit, jederzeit seinen Einfluss geltend zu machen, um einen neuen diplomatischen Kontakt zwischen Bonn und Belgrad zu ermöglichen.

Gleichzeitig mit diesen offiziellen gegenseitigen Erklärungen verbreitete sich in griechischen diplomatischen Kreisen die Ansicht, dass die Anerkennung der DDR in Verbindung zu sehen sei mit einer keineswegs utopischen Fernostpolitik, an die Belgrad grosse Hoffnungen knüpfte. Nach dieser Auffassung bemüht sich Jugoslawien seine eigene Unabhängigkeit innerhalb der kommunistischen Blocks zu konsolidieren, will aber nicht weniger alles versuchen, um innerhalb dieses kommunistischen Blocks ein Gleichgewicht der Kräfte gegenüber der Sowjet-Union zu schaffen. Einer der wichtigsten Faktoren ist dabei ohne Zweifel Rotchina, das mit seinen Menschenmassen und seinen wirtschaftlichen Möglichkeiten durchaus in der Lage ist, sich neben der augenblicklich erdrückenden Alleinherrschaft Moskaus zu einem künftigen gleichberechtigten Partner zu entwickeln.

Infolge der Massnahmen der Vereinten Nationen ist Rotchina zur Zeit aber völlig isoliert und hat keinen Zugang zu den verschiedenen Industriezentren des Westens. Das hat wiederum zur Folge, dass China in seinem wirtschaftlichen und ökonomischen Aufbau ganz von der Hilfe Sowjet-Russlands abhängig ist, was einer politischen Hörigkeit gleichkommt. Aus diesen Gründe kann Peking innerhalb des kommunistischen Blocks nicht die Rolle übernehmen, die es an sich spielen könnte. Die jugoslawische Delegation liess nun in Athen durchblicken, dass Belgrad alle ihm zur Verfügung stehenden Mittel einsetzen wird, um eine wirtschaftliche Annäherung und Zusammenarbeit Chinas mit den anderen kommunistischen Staaten - ausser der Sowjet-Union - deren Schweregewicht in der Industrie liegt, zu ermöglichen. In dieser Hinsicht wird vermutlich die jugoslawische Botschaft in Pankow nicht ohne Beschäftigung bleiben.

Nach jugoslawischer Auffassung wird die Bundesrepublik doch einmal verpflichtet sein, schon wegen der verschiedenen realpolitischen Aspekte ihren Standpunkt in Richtung einer rein wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit den kommunistischen Ländern bis hin zum fernen Osten neu zu orientieren. Die Vertreter Belgrads machten keinen Hehl daraus, dass ihre sogenannte Provozierung Bonn auch ein Mittel sei, um die Bundesrepublik zu veranlassen, ihre Rolle in der Welt zu überprüfen. Die Regierung in Belgrad habe die Reaktion des Westens einschliesslich der Streichung der amerikanischen Wirtschaftshilfe vorausgesehen. Allerdings habe der Abbruch die jugoslawische Diplomatie in eine etwas peinliche Lage versetzt, doch sei man überzeugt, dass sich die kommenden Ereignisse nicht nur zum Segen des eigenen Landes, sondern auch zur Wiederherstellung des Friedens auf der ganzen Welt auswirken werden. Dieser zuversichtliche Optimismus war bei Besuch Kardeljs in Athen deutlich erkennbar.

+ + -

#### NATO-Parlamentarier in Paris

**RIAS:** "-Leider ist ausgerechnet die deutsche Delegation durch das Fehlen der SPD nicht repräsentativ für die demokratischen Kräfte der Bundesrepublik. Ich sage ausdrücklich: leider. Denn, wenn auch die Konferenz der NATO-Parlamentarier keinen unmittelbaren Einfluss auf die Beschlüsse des Atlantikpaktes hat, den Empfehlungen ihrer Parlamentsdelegationen werden die Regierungschefs im Dezember doch grosse Beachtung schenken müssen, gerade auch, wenn sie sachlich begründete Bedenken vorzubringen haben."

+ + +

"Der Heimkehrer ist kein Rentenneurotiker"

K.J. "Der Heimkehrer ist kein Rentenneurotiker. Vielmehr ist festzustellen, daß er viel zu früh wieder eine Arbeit aufnimmt, weil er vom Drang getrieben wird, etwas Versäumtes nachholen zu müssen." So hieß es auf einer Ärztagung des Heimkehrerverbandes in Hannover, zu der man auch neben den politischen Parteien Vertreter der Versorgungsämter eingeladen hatte. Zentralpunkt der Diskussion: Bitte mehr Rücksicht auf die Mangelkrankheiten!

"Zustand nach Mangelernährung" - auf diese kurze Formel bringen die Versorgungsämter in der Regel die Summe an körperlichen und seelischen Gebrechen, die Kriegsgefangene und politische Häftlinge mit nach Hause gebracht haben, das ganze schreckliche Leid schrecklicher Jahre. Die "Knochentabelle" der Versorgungsämter, tausendmal schon als renovationsbedürftig bezeichnet, reicht nicht aus, den effektiven Gesundheitsschäden auch nur annähernd gerecht zu werden. Manchen Ärzten tut es leid, dem Heimkehrer nicht zu ein paar Mark Rente verhelfen zu können. Aber sie haben die Paragraphen gegen sich. Manchmal läßt sich beim besten Willen "nichts finden". Es seien bloß die Nerven, heißt es dann.

Ja, die Nerven! Es hat sich mittlerweilehergesprochen, daß die seelischen Schäden schlimmer sind als die körperlich sichtbaren. Und diese seelischen Schäden sind es, die die Leistung des kranken Heimkehrers dezimieren, Eingliederung und berufliches Fortkommen so unendlich erschweren. Wer jahrelang hungerte, un's nackte Leben bangte, gequält wurde, als ein vielleicht zu 25 Jahren Verurteilter ohne Hoffnung auf Heimkehr, in feuchten, öden Zellen herumhockte, beladen mit den Sorgen um die Angehörigen, die nichts von seinem Schicksal wußten ... der Mann ist nicht mehr gesund. Er stand nicht nur zu lange an Abgrund - er war im Abgrund. Da kommt sich's nicht so leicht heraus. Auch wenn man inzwischen wieder Speck angesetzt hat und äußerlich aussieht wie jeder andere auch. Das Übel steckt inner. Es ist schwer zu fassen. Am wenigsten von einem der gefilterten Versorgungsamtsarztparagraphen. Depressionen, Angst, Unlustgefühle, Kontaktmangel, Minderwertigkeitskomplexe - der ganze Freud kann in einen seelisch kranker Heimkehrer stecken.

14. November 1957

Es handele sich um ein "anlagebedingtes Leiden", sagen die Versorgungsärzte, wenn sie am Ende des Anerkennungs-Lateins sind. Das ist eine Ausrede. Wo bleibt die Verordnung, nach der eine barbarische Haft als "schicksalbestimmt" bezeichnet wird? Vielleicht gehören die Heimkehrer, an denen man "nichts findet" vor den Psychologen. Gleich wie: der von manchen Versorgungs-ämtern bescheinigte "Zustand nach Mangelernährung" ist eine blasse, nichtsaussagende Sache. Ist der "Eiweißschader" und die "Dystrophie" von vorgestern Schlüssel zur allseitigen Erfassung mancher schwierigen Heimkehrerkrankheit, die keinen organischen Befund erheben läßt? Deutlich gesagt: der da im Kriege seinen Arm verloren hat, den man das Bein bis zum Oberschenkel amputiert hat, kann besser dran sein als "mangelernährte" Heimkehrer, der in den niedrigsten Erwerbsminderungsgrad eingestuft wird oder den man überhaupt nicht als versorgungsberechtigt anerkennt.

Wir brauchen anstelle der alten und verstaubten Versorgungsrichtlinien neue und zeitgemäße, die auch an die realen Folgen jahrelanger Haftzeit denken. Heute noch ist jeder dritte Heimkehrer arbeitslos. In Hamburg hat jeder fünfte Heimkehrer von denen, die nach ihrer Haftentlassung verstorben sind, Selbstmord begangen.

Das sagt mehr als jeder Kommentar.

+ + +

- 7 -

## Pfirsorge und gesamtdeutsche Solidarität

Von Richard Reitzner, MdE

Bayern und Niedersachsen haben in der letzten Zeit gezeigt, dass der BHE als Koalitionspartner deswegen ein noch zu beachtender Faktor geblieben ist, weil er wegen der Kräfteverteilung zwischen CDU/CSU und SPD das Gewicht des Züngleins an der Waage geschickt auszunützen versteht, ohne im Lande selbst eine korrespondierende Kraft zu sein. Bewusst, der BHE ist keine Partei mit demokratischer Übung und Erfahrung. Wir Sozialdemokraten wissen ferner, dass es BHE-Leute gibt, die auf etwas ganz anderes eingestellt sind als wir es sind. Es gibt daher keine Überraschung, zu sehen, dass bei den verzweifelten Rettungsversuchen an ein Bündnis mit nationalistischen Rechtskreisen gedacht wird. Eine nationale Erneuerungspartei zu gründen ist schon lange der Traum manches BHE-Politikers. Deshalb haben sich auch einige Kandidaten bei der Bundestagswahl offen und ohne Scheu als "Ehemalige" in Erinnerung gebracht. Der fortwährende Wechsel von Schwerpunkten in der politischen Konzeption, das Zurückdrängen von sozial profilierten Kräften in den eigenen Reihen, die ideologischen Rückgriffe auf die nationalsozialistische Vergangenheit, der Einfluss wesensfremder Elemente, der allgemeine Adenauersog, die fortschreitende Eingliederung und die Sorge, politisch isoliert zu werden, sowie der Mangel an jungem Wählerwachstum, konnten nicht verbend wirken. Auch der oft bekundete Stolz, keine Weltanschauungspartei zu sein, hat nicht geholfen.

Da nun der BHE im Dritten Deutschen Bundestag nicht mehr vertreten ist, eröffnen sich zwei besondere Aspekte. Was werden die sozial und fortschrittlich gesinnten BHE-Schichten in der Zukunft tun, und was gebietet die SPD zu unternehmen? Von der Sache her ist zu sagen, dass noch eine Reihe von sozialen und wirtschaftlichen Massnahmen im Sektor der Vertriebenen und Flüchtlinge durchzuführen sind. Die letzten vier Jahre der Regierungspolitik waren gekennzeichnet durch eine Vernachlässigung der Probleme der Vertriebenen, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigten. Allein die Lage in den Lagern der Sowjetzonenflüchtlinge ist eine moralische Anklage.

1953 hat der Sprecher der CDU/CSU-Fraktion, der jetzige Ausschussminister Herr von Brentano erklärt, dass es in vier Jahren kein Vertriebenen- und Flüchtlingsproblem mehr geben wird. Die Tatsachen aber sprechen eine andere Sprache. Noch sind eine Reihe wichtiger Massnahmen fällig. Diese Aufgaben aber können nur im Rahmen eines umfassenden So-

zielprogramme gelöst werden. Dabei darf der einen Geschädigtengruppe nicht auf Kosten der anderen geholfen werden. Jeder soll zu seinem Recht kommen. Das Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegssachgeschädigte steht daher vor der Aufgabe, ein Motor dieser Sozialplanung zu sein. Für diese Aufgabe hat der Bundeskanzler eine personelle Lösung gefunden, die selbst bei den Vertriebenenverbänden und Landmannschaften Skepsis auslöste.

#### Der Prüfstein

Für uns wird der Prüfstein der Versicherungen der Bundesregierung und des Ministers für Vertriebene und Flüchtlinge das Schicksal der betroffenen Menschen sein. Der Öffentlichkeit aber sollte gesagt werden, dass man sich nicht am Erfolgsflüchtling orientieren darf. Die Wahrheit ist, dass die Eingliederung der Heimatvertriebenen noch nicht abgeschlossen ist. Insbesondere ist die Eingliederung in die Landwirtschaft unzufriedenstellend geblieben. Über 150 000 Siedlungswilligen soll geholfen werden. Aber weder sind die gesetzlichen Grundlagen noch die notwendige Planung auf lange Frist erkennbar. Ich erinnere nur an den Beschluss des Deutschen Bundestages vom Juli 1957, der ein allgemeines Siedlungsgesetz bis zum April 1958 verlangte.

#### Und die SBZ-Flüchtlinge ?

Gleichzeitig wachsen die Schwierigkeiten bei der Unterbringung der Sowjetzonenflüchtlinge und Spätsiedler. Der Engpass beim Wohnungsbau muss auch für diesen Personenkreis beseitigt werden und zwar durch Massnahmen in der Richtung einer Vollfinanzierung für diese Bauverhaber. Ebensov wenig darf die Fürsorge für die zu uns kommende Sowjetzonenjugend nicht erlaxen. Dass die durch den wachsenden Gewissenszwang von den höheren Schulen der Sowjetzone vertriebene studierende Jugend in der Bundesrepublik keine effektive Hilfe er-  
hält, ist ein Skandal. Dabei darf es sich bei all diesen Massnahmen nicht allein um notwendige Fürsorgemaassnahmen, sondern um Beweise unserer gesamtdeutschen Solidarität und Verantwortung handeln. Ich bin weiter der Auffassung, dass das Wetaufnahmegesetz in seiner bisherigen Fassung der im Grundgesetz verankerten Freizügigkeit widerspricht. Wir fordern daher eine Neuregelung des Wetaufnahmeverfahrens. Gleichzeitig müssen unsere Bemühungen verstärkt werden, die Beziehungen der Menschen hüben und drüben zu fördern. Schliesslich sollte der Wunsch der Sowjetzonenflüchtlinge nach einer Beweissicherung ihrer Verluste und ihrer Schäden berücksichtigt werden.

Wir wünschen ferner, dass der Lastenausgleich rascher abgewickelt wird. Die Hausratshilfe mit ihren feststehenden Sätzen verliert mehr und mehr ihre Wirksamkeit je länger sie tropfenweise über einen weiten Zeitraum hingeschleppt wird, ohne Rücksicht darauf, dass eine Mark vor fünf Jahren einen höheren Kaufwert hatte als heute. Ein bedauerliches Kapitel ist die noch fehlende Umstellung von Renten der Heimatvertriebenen. Wir fragen: Wann endlich wird die versprochene Rechtsverordnung erfolgen, damit die Anpassung der unzureichenden Renten der Heimatvertriebenen und derjenigen Versicherten, deren Unterlagen durch Kriegseinwirkungen verlorengegangen sind, durchgeführt wird. Ein menschlicher Notstand von den Dimensionen der Probleme der Flüchtlinge, Vertriebenen und Kriegsbeschädigten verdient eine verständnisvolle Behandlung.

#### SPD - Vorkämpfer der Völkerverständigung

Was schließlich das Heimatrecht der Vertriebenen betrifft, so darf dieses Recht keine Sache gelegentlicher Proklamationen von Mitgliedern der Bundesregierung sein. Es bleibt zu hoffen, dass solche Äußerungen in der Zukunft weniger widerspruchsvoll sein werden als bisher. Wir stehen vor allen vor der geschichtlichen Aufgabe gegenüber den Völkern des Ostblocks, eine Menge von Ressentiments hinwegzuräumen, die noch durch die Ostpolitik des Dritten Reiches verschuldet sind. Wir stehen weiter vor der Notwendigkeit, den Völkern der östlichen Nachbarländer ein objektives Bild von Westdeutschland zu vermitteln. Hier müsste gerade die SPD der Dolmetscher der deutschen Demokratie und ihrer friedlichen Zielsetzung werden. Die SPD muss aber auch den frivolen Anspruch der Regierung von Pankow, die Oder-Neisse-Linie als sogenannte Friedensgrenze anzuerkennen, schärfstens anfechten. Wir werden jeden Versuch, ein konstruierten Widerspruch zwischen dem Streben nach Wiedervereinigung und nach friedlicher Wiedergutmachung der Ausreibung zu schaffen, entschieden bekämpfen.

Das Ergebnis der Bundestagswahl verpflichtet die SPD stärker denn je, eine Politik zu machen, die den sozialen, wirtschaftlichen und heimatspolitischen Interessen der breiten Schichten der Vertriebenen und Flüchtlinge entspricht. Da sich nun die Geister in der SPD aufs Neue regen, ist zu hoffen, dass auch die fortschrittlich gesinnten Kreise der Vertriebenen- und Sowjetzonenflüchtlinge, die sich jetzt auf der politischen Wanderschaft befinden, als Wähler zur SPD stoßen werden.

+ + +

Verantwortlich: Günter Markscheffel